



## Presseschau vom 05.09.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Tarik Cyril Amar: USA-Besuch von Selenskij: Dominosteine, gute "Hurensöhne" und strategisches Schweigen**

Raus aus der afghanischen Bratpfanne und rein ins ukrainische Fegefeuer? Die Architekten des US-Imperiums haben einen neuen Bauern, um ihr apokalyptisches Schachspiel im Gang zu halten. ...

<https://kurz.rt.com/2nc4>

#### **de.rt.com: Nicaragua im Wahljahr: Beitrag der Washington Post sieht Mission als unvollendet**

Im November stehen in Nicaragua Wahlen an. Kritik an Präsident Ortega kommt von US-amerikanischen Medien. Besonders deutlich machte dies Charles Lane in der Washington Post mit einem Beitrag, in dem er Parallelen zu Afghanistan zieht und die Mission in beiden Ländern als unvollendet darstellt. ...

<https://kurz.rt.com/2nbj>

#### **Jochen Mitschka: Warum hat Deutschland keine Verfassung?**

Gegenseitige Kontrolle sollte einmal sicherstellen, dass die Rechte, die im Grundgesetz stehen, auch gewahrt bleiben. Von beidem ist nicht mehr viel übrig. Politik, Justiz, Medien, selbst Wissenschaft sind so verflochten, dass Kontrolle nur noch Illusion ist. Was wäre der

Ausweg? ...

<https://kurz.rt.com/2n4b>

### **Zhao Huasheng: Strategische Partnerschaft Russland-China: Vom Kontinent über die Meere**

In der strategischen Kooperationspartnerschaft zwischen China und Russland wurde bisher noch kein Konzept zur maritimen strategischen Partnerschaft formuliert. In der Vergangenheit schien dies kein Defizit in der chinesisch-russischen Zusammenarbeit zu sein, aber für die Zukunft muss eine Lösung her. ...

<https://kurz.rt.com/2n8u>

### **Bernd Müller: 70 Cent mehr pro Liter: Klimaschutz wird für Autofahrer teurer als gedacht**

Deutschland verfehlt seine Klimaziele. Autofahrer müssen wohl deshalb bald wesentlich mehr für eine Tankfüllung zahlen. Forscher haben nun berechnet: Vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen werden betroffen sein. ...

<https://kurz.rt.com/2naa>

### **abends/nachts:**

#### **snanews.de: Dresdner Opernball in St. Petersburg: Putin spricht von „Freundschaft und Vertrauen“**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Samstag in einer Videobotschaft anlässlich der Eröffnung des Dresdner Opernballs in St. Petersburg von einem „wunderbaren Fest“ gesprochen, bei dem „Freundschaft und Vertrauen vorherrschen“.

Das Fest falle auf ein bedeutendes Datum – den 60. Jahrestag der Städtepartnerschaft zwischen St. Petersburg und Dresden, so Putin.

„Wir achten solche langjährigen, starken Bindungen zu unseren deutschen Freunden, schätzen die Erfahrung der Interaktion in verschiedenen Bereichen. Und natürlich spielen hier Kultur und Projekte im humanitären Bereich eine wichtige Rolle. – ebenso wie die Städte selbst – St. Petersburg und Dresden, die die größten Kulturzentren Europas und der Welt sind“, sagte Putin weiter.

Er sei sicher, dass der Dresdner Ball in St. Petersburg Perspektiven für neue gemeinsame Projekte eröffnen und dazu beitragen werde, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern beider Länder weiter aufzubauen.

Auch dankte Putin dem Gründer des Dresdner Opernballs, Hans-Joachim Frey, „für seine aufrichtige Liebe zu Russland und für die Organisation dieses wunderbaren Festes, bei dem Kunst und Tradition, Freundschaft und Vertrauen vorherrschen.“

Eröffnet wurde der Ballabend am Samstag zunächst vor dem Großen Katharinenpalast.

Danach wurde in dem prunkvollen Palast weitergefeiert. Am Abend sollten die Sopranistin Aida Garifullina, der italienische Star-Dirigent Fabio Mastrangelo und das Northern Sinfonia Orchestra St. Petersburg auftreten.

120 Deutsche waren Angaben zufolge nach St. Petersburg gekommen. Der nächste Dresdner Opernball in der sächsischen Landeshauptstadt soll erst 2022 wieder über die Bühne gehen. Die Sommergala im Juni war wegen der Corona-Pandemie abgesagt worden.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/09/03/3461336\\_0:0:2987:1680\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_ca8583022b8134e21febd48700672782.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/09/03/3461336_0:0:2987:1680_1920x0_80_0_0_ca8583022b8134e21febd48700672782.jpg)

### snaneews.de: **Bericht: Taliban melden Einnahme von Gouverneursbüro in Pandschir – Widerstandskräfte dementieren**

Die Taliban-Bewegung will das Büro des Gouverneurs der Provinz Pandschir bei Zusammenstößen mit Widerstandskräften eingenommen haben, berichtet die Zeitung „The Times of India“.

„Nach unbestätigten Angaben sind die Taliban-Kräfte in Bazarak, die Hauptstadt der Provinz Pandschir, einmarschiert und haben das Büro des Provinzgouverneurs gestürmt“, so die Zeitung.

Inzwischen hat die in der Provinz Pandschir agierende Nationale Widerstandsfront Afghanistans erklärt, dass die Kämpfer der Taliban-Bewegung den Darband-Berg an der Grenze zwischen den Provinzen Kapisa und Pandschir erreicht hätten, jedoch zurückgeworfen worden seien.

„Die Verteidigung des Bollwerks von Afghanistan ist unumstößlich“, schrieb der Sprecher der Front, Fahim Dashti, auf Twitter.

Dashti berichtete über die Vernichtung von Hunderten Taliban-Kräften. „Seit dem Morgen sind rund 600 Taliban-Terroristen in verschiedenen Teilen von Pandschir vernichtet worden. Mehr als 1000 Taliban-Kämpfer wurden gefangengenommen und haben sich ergeben“, so Dashti.

Ihm zufolge haben die Taliban Probleme mit Lieferungen aus anderen Provinzen.

Wie der TV-Sender Al Jazeera unter Berufung auf eine Quelle in den Taliban mitteilte, hat sich die Offensive in Pandschir wegen verminderter Straßen verlangsamt, die zur regionalen Hauptstadt Bazarak führen. Aus diesem Grund könnten die Taliban auch nicht in die Residenz des Gouverneurs von Pandschir gelangen, hieß es.

Am Freitag hat der Taliban-Sprecher Bilal Karimi erklärt, dass Pandschir unter die Kontrolle der Taliban gestellt worden sei. Wie eine Quelle im Hauptsitz der Polizei in Kabul mitteilte, sind alle Widerstandskräfte in Pandschir von den Taliban gefangengenommen worden.

Vizepräsident Amrullah Saleh und Widerstandsführer Ahmad Massoud seien geflohen.

Saleh dementierte später die Information, wonach Pandschir von den Taliban erobert worden sei. Der Widerstand gehe weiter, so Saleh. Er habe das Land nicht verlassen und bleibe in Pandschir, fügte der Vizepräsident hinzu.

Die Taliban-Bewegung hatte Anfang August eine großangelegte Offensive gegen die Regierungskräfte in Afghanistan eingeleitet. Am 15. August marschierten die Taliban in Kabul ein und nahmen den Präsidentenpalast unter ihre Kontrolle. Am nächsten Tag erklärte ein Taliban-Sprecher, dass der Krieg beendet sei und die Regierungsform im Land in nächster Zeit bestimmt werden solle.

Die Machtübernahme durch die Taliban erfolgte vor dem Hintergrund des US-Truppenabzugs in der Nacht zum 31. August. Nur die nordöstlich von Kabul gelegene Provinz Pandschir, eine der nach Fläche und Bevölkerungszahl kleinsten Regionen Afghanistans, stand nicht unter der Kontrolle der Taliban.

Der TV-Sender Al Jazeera berichtete am Donnerstag unter Berufung auf eine Quelle in den Taliban, dass diese nach dem Scheitern von Verhandlungen mit Widerstandsführer Ahmad Massoud eine Militäroperation gegen die Widerstandsfrent in der Provinz Pandschir einzuleiten planten.

Zuvor teilte der russische Botschafter in Kabul, Dmitri Schirnow, mit, dass Russland die Situation um Pandschir mit Taliban-Vertretern erörtert und auf die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung verwiesen habe.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/03/3466208\\_0:43:1080:651\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_1545e4064dc64330500dcafb8aa93894.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/03/3466208_0:43:1080:651_1920x0_80_0_0_1545e4064dc64330500dcafb8aa93894.jpg)

**vormittags:**

### **de.rt.com Nach dem Kauf durch Axel Springer: Politico hat RT DE als Zielobjekt entdeckt**

Der Medienkonzern Axel Springer hat das US-amerikanische Nachrichtenunternehmen Politico gekauft. Der Deal soll bis Jahresende unter Dach und Fach sein. Auffällig ist: Sofort gerät RT DE verstärkt in den Fokus der Transatlantiker – und das nicht zum ersten Mal. Für den Kauf des US-Unternehmens Politico Ende August gibt der Medienkonzern Axel Springer eine öffentlich nicht bezifferte Summe aus, die noch über der Summe für das französische Immobilienportal SeLoger, liegt, wie die NZZ berichtet. 2011 gaben die Berliner dafür 630 Millionen aus. Die Nachrichtenagentur Bloomberg geht von mehr als eine Milliarde US-Dollar Kaufpreis für Politico aus. Das bisherige transatlantische Gemeinschaftsunternehmen Politico Europe befindet sich fortan zu 100 Prozent im Hause Springer. Es definiert seine Aufgaben folgendermaßen:

"POLITICO.eu berichtet über die europäische Politik mit all ihren Machenschaften und Manövern, Persönlichkeiten und Kulturen. /// Berichtet wird nicht nur aus der Sicht eines einzelnen Landes, sondern auch aus der Sicht der Führungsriege und von dem Zusammenspiel der Interessen verschiedener Regierungen."

### **Transatlantiker fürchten Konkurrenz durch RT DE**

Nur wenige Tage nach dem Kauf kritisiert das englischsprachige Medium das enorme Wachstum von RT DE bei YouTube und Twitter. Gleich zwei Artikel widmete das Politmagazin Anfang September RT DE (hier und hier). Nicht zuletzt wird die Konkurrenz für die Springer-Flaggschiffe Bild und Welt auf den sozialen Medien immer größer. In dem

Artikel: "POLITICO Digital Bridge: RT in Germany" vom Donnerstag heißt es auf Politico: "In den letzten sechs Monaten hat sich ein Medienunternehmen in Bezug auf das Engagement in den sozialen Medien an die Spitze der Tabelle katapultiert: RT Deutsch, der staatliche russische Verlag. Zu diesem Schluss kommt der German Marshall Fund der US-amerikanischen Allianz zur Sicherung der Demokratie, der die Zahlen auf Facebook, Twitter und YouTube recherchiert hat, um zu sehen, welche lokalen Verlage vor der Wahl Wellen schlagen."

Das Vermögen der angesprochen transatlantischen Denkfabrik German Marshall Fund, die die Zahlen ermittelte, wurde zum großen Teil in den letzten Jahrzehnten vom deutschen Steuerzahler finanziert.

### **Alte Bekannte – vor Gericht**

Bereits ein Beitrag in der Springer-Postille Die Welt beschäftigte sich Mitte Juli mit dem Thema "Desinformation". Schuld daran seien "Putins Propaganda-Trolle". Mit Beschluss vom 11. August folgte das Landgericht Frankfurt am Main nunmehr der Auffassung von RT DE, wonach es sich in drei von RT DE kritisierten Aussagen des Artikels um unwahre Tatsachenbehauptungen handelt, die einen rechtswidrigen Eingriff in das Unternehmerpersönlichkeitsrecht von RT DE darstellen, und erließ eine einstweilige Verfügung gegen den Axel-Springer-Verlag.

Dem Verlag ist es seitdem "untersagt", in Bezug auf RT DE die drei in Frage stehenden Aussagen "zu behaupten und/oder zu verbreiten und/oder behaupten oder verbreiten zu lassen".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613396ca48fbef107e71f5a2.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 3. September 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

### snanews.de: **Deutsche Industrie fordert „rote Linien“ bei Umgang mit China**

Die deutsche Industrie fordert rote Linien für den Umgang mit China und seiner Wirtschaftspolitik.

„Wer vom freien Zugang zu unserem Markt weiter profitieren will, muss sich an Grundregeln halten und auch seinen eigenen Markt öffnen“, sagte der Präsident des Branchenverbands BDI, Siegfried Russwurm, der Deutschen Presse-Agentur. Das müssten andere Staaten den Chinesen deutlich machen.

„Ich bin optimistisch, dass sich eine internationale Koalition für den richtigen Umgang mit Peking schmieden lässt“, sagte Russwurm.

Innerhalb der EU sei der Konsens relativ breit, auch mit den USA sowie Ländern wie

Australien, Neuseeland, Japan und Kanada gebe es große Übereinstimmung. China ist für viele deutsche Unternehmen einer der wichtigsten Märkte weltweit – allerdings ist auch der Wettbewerb groß. Zuletzt hatten Waren aus China der deutschen Exportwirtschaft auch in der EU zunehmend Konkurrenz gemacht. Von der Coronakrise erholte sich die chinesische Wirtschaft schneller als die europäische. Während die EU chinesischen Unternehmen weitgehend freien Zugang zu ihrem Markt gewährt, schottet China seinen eigenen Markt stärker ab.

Das sei jedoch nicht das einzige Problem, sagte Russwurm. China verstoße immer wieder gegen die globalen Regeln, etwa bei der Achtung der Menschenrechte.

„Für Politik wie für Unternehmen gilt, dass sie ihre roten Linien kennen müssen, hinter die man nicht zurückgeht“, betonte er.

„Ein Unternehmen kann nicht das Risiko akzeptieren, dass in seiner Wertschöpfungskette Zwangsarbeit oder Kinderarbeit passieren. Da muss jedes Unternehmen für sich seine roten Linien finden“, sagte der BDI-Chef.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/05/3474801\\_0:0:3073:1728\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_5c1e96becd2f2c967560ef925c85eb70.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/05/3474801_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_5c1e96becd2f2c967560ef925c85eb70.jpg)

Lug-info.com: In der LVR sind am 5. September um 9:00 Uhr 9605 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 7517 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 949 Todesfälle.

de.rt.com: **Taliban wollen "offizielle diplomatische Beziehungen" zu Deutschland**

Nach ihrer Machtübernahme in Afghanistan wollen die militant-islamistischen Taliban offizielle diplomatische Beziehungen zu Deutschland aufnehmen. Darüber hinaus wünschen sie sich humanitäre Hilfe und Kooperation – etwa in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Der Taliban-Sprecher Sabiullah Mudschahid hat in einem Gespräch mit der Welt am Sonntag erklärt, dass die Taliban diplomatische Beziehungen zu Deutschland aufnehmen wollen. Ihm zufolge wünschen sie sich von Berlin ebenso wie von anderen Ländern finanzielle Unterstützung, humanitäre Hilfe und Kooperation in den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft und Bildung. Mudschahid betonte:

"Wir wollen starke und offizielle diplomatische Beziehungen zu Deutschland."

Aus Sicht des Taliban-Sprechers seien die Deutschen in Afghanistan stets willkommen gewesen. Schon zu Zeiten des Königreichs vor etwa hundert Jahren hätten die Deutschen in Afghanistan viel Gutes bewirkt.

"Leider haben sie sich dann den Amerikanern angeschlossen. Aber das ist jetzt vergeben."

Die Außenminister der EU-Staaten hatten sich am Freitag auf Bedingungen für eine beschränkte Zusammenarbeit mit den Taliban in Afghanistan verständigt. Demnach sollen die Taliban eine Regierung bilden, die möglichst viele Bevölkerungsteile abbildet und unkomplizierte Hilfslieferungen ermöglicht. Zudem sind sie aufgefordert, die Einhaltung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit zu gewähren, schutzbedürftigen Menschen die Ausreise zu garantieren und dafür zu sorgen, dass Afghanistan nicht wieder zu einer Basis für international operierende Terrorgruppen wird.

Bundesaußenminister Heiko Maas hatte vor wenigen Tagen gesagt, dass auch Deutschland in Kabul wieder eine eigene Botschaft haben soll, "wenn es politisch möglich wäre und wenn die Sicherheitslage es erlaubt". Der SPD-Politiker betonte aber auch, dass eine diplomatische Vertretung keine Anerkennung einer Taliban-Regierung bedeute.

Die Bundesregierung hatte im Verlauf des Siegeszuges der Taliban in Afghanistan ihre Botschaft in Kabul geschlossen. Botschafter Markus Potzel wurde nach Doha in Katar entsandt, um dort Gespräche mit den Taliban zu führen. Diese haben in der Hauptstadt des Golfemirats seit Langem ihr politisches Büro, das quasi als Außenministerium fungiert. Allerdings sind schon die ersten hochrangigen Taliban-Vertreter aus Doha nach Afghanistan zurückgekehrt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/61347c7ab480cc56c57be051.JPG>

Mzdnr.ru: Am 4. September wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, da das Labor gereinigt wurde.

Am 5. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 58225 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7570 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 458210 als gesund entlassen, es gibt 4197 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 158 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 51 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 96 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2716 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 944 mit Sauerstoffunterstützung (+63 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2250 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

#### snews.de: **Nato-Chef befürwortet Russlands und Chinas Hilfe bei Terrorbekämpfung in Afghanistan**

Russland und China müssen laut dem Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg nach dem Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan dazu beitragen, die Ausbreitung des Terrorismus in dem Land zu verhindern. Dies sagte er gegenüber der Zeitung „The Telegraph“ am Sonntag.

„Ich stimme voll und ganz zu, dass die gesamte internationale Gemeinschaft, einschließlich Russlands und Chinas, daran arbeiten muss, um zu verhindern, dass Afghanistan ein Ort wird, an dem Terroristengruppen frei agieren und Angriffe gegen unsere eigenen Länder vorbereiten, organisieren, planen und finanzieren können“, so Stoltenberg.

Er räumte ein, dass die Übernahme von Kabul am 15. August „natürlich... damit zusammenhing, dass die Nato-Verbündeten beschlossen hatten, diese militärische Mission in Afghanistan zu beenden“.

Stoltenberg begrüßte weitere europäische Verteidigungsbemühungen und sagte, dass Europa und die Nato ihre Verbindung aufrechterhalten sollten.

„Jeder Versuch, parallele Strukturen aufzubauen, die Kommandostruktur zu duplizieren, wird unsere gemeinsame Fähigkeit zur Zusammenarbeit schwächen, da wir mit knappen Ressourcen Doppelarbeit und Überschneidungen vermeiden müssen. Die konkreten Vorschläge sind in der Nato nicht diskutiert worden, wir haben keine Details gesehen“, erklärte der Generalsekretär.

Er räumte ein, dass es nach über 20 Jahren ausländischer Investitionen in die afghanische Sicherheit vernünftig gewesen sei, von dem afghanischen Militär einen längeren Widerstand gegen die Taliban zu erwarten.

Chinas Außenminister Wang Wenbin sagte auf einer Pressekonferenz am Dienstag: „Das jüngste Chaos in Afghanistan steht im direkten Zusammenhang mit dem übereilten und ungeordneten Abzug ausländischer Truppen.“

Er äußerte die Hoffnung, dass die entsprechenden Länder „erkennen, dass der Rückzug nicht das Ende der Verantwortung, sondern der Beginn der Reflexion und der Korrektur ist“.

Man müsse daraus eine Lehre ziehen und die Souveränität, die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität Afghanistans sowie die Rechte des afghanischen Volkes respektieren, so der Außenminister weiter.

Die USA und einige andere westliche Länder sollten laut Wang dringend der „afghanischen Bevölkerung dabei helfen, die Schwierigkeiten zu überwinden und so bald wie möglich den Weg des Friedens und des Wiederaufbaus zu beschreiten“. Sie dürften nicht „ein Chaos in Afghanistan und in der Region hinterlassen“.

Der russische Präsident Wladimir Putin rief seinerseits auf dem Östlichen Wirtschaftsforum am Freitag seine Partner dazu auf, die Anstrengungen zu bündeln, Probleme gemeinsam zu bekämpfen und die Frage der Legalisierung politischer Kräfte in Afghanistan zu lösen.

Die Taliban-Bewegung hatte Anfang August eine großangelegte Offensive gegen die Regierungskräfte in Afghanistan eingeleitet. Am 15. August marschierten die Taliban in Kabul ein und nahmen den Präsidentenpalast unter ihre Kontrolle. Am nächsten Tag erklärte ein Taliban-Sprecher, dass der Krieg beendet sei und die Regierungsform im Land in nächster Zeit bestimmt werden solle.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/05/3475388\\_0:0:3073:1728\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_c28760d3f](https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/05/3475388_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_c28760d3f)

[52422100c26bfc0dda833ce.jpg](https://www.de.rt.com/52422100c26bfc0dda833ce.jpg)

**nachmittags:**

de.rt.com: **Russlands Außenministerium wirft ausländischen Botschaften vor, Alexei Nawalny zu finanzieren**

Das russische Außenministerium hat mehreren westlichen Botschaften in Russland vorgeworfen, Aktivitäten des Oppositionellen Alexei Nawalny finanziert zu haben. Demnach sollen Beschäftigte der diplomatischen Vertretungen der USA und Deutschlands besonders aktiv Geld gespendet haben.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat am Freitag auf ihrem Telegram-Kanal mitgeteilt, dass Mitarbeiter mehrerer ausländischer Botschaften in Russland dem Oppositionellen Alexei Nawalny Geld gespendet haben sollen. Somit bestätigte sie eine Untersuchung des Online-Portals Komitee zum Schutz der nationalen Interessen, die am Vortag veröffentlicht worden war. Demnach hätten ungefähr 30 Botschaftsmitarbeiter Aktivitäten des Politbloggers finanziell unterstützt.

Sacharowa präzisierte dabei, dass die Spenden unter anderem von Beschäftigten in den Botschaften der USA, Deutschlands, Kanadas, Frankreichs, Spaniens und anderer NATO-Staaten getätigt worden seien:

"Das Schema sah so aus: Die ausländischen Botschaften stellten in Russland russische Bürger ein, zahlten ihnen Geld und diese überwiesen die Mittel den entsprechenden Organisationen. Raten Sie mal, über welche Botschaften die meisten solcher Spenden abgewickelt wurden. Richtig, über die diplomatischen Missionen der USA und der BRD."

In der Untersuchung des Komitees zum Schutz der nationalen Interessen war die Rede von 16 Mitarbeitern der deutschen Botschaft und vier Mitarbeitern der US-Botschaft. Sacharowa spekulierte danach darüber, was wohl passiert wäre, hätten Mitarbeiter der russischen Botschaften im Ausland etwas Ähnliches getan. Westliche Medien hätten sich die Kehlen heiser gebrüllt, hätten russische Diplomaten auf diese Weise Republikaner in den USA oder katalonische Aktivisten in Spanien gesponsert.

Die russische Diplomatin verwies darauf, dass die US-Regierung nach den Wahlen im Jahr 2016 Dutzende russische Diplomaten ausgewiesen hatte, nachdem diese ohne jegliche Belege der Einmischung in die US-Wahlen beschuldigt worden waren.

Der Oppositionelle Nawalny war am 17. Januar 2021 am Flughafen Scheremetjewo verhaftet worden – gleich nach seiner Rückkehr aus Deutschland, wo er eine medizinische Behandlung nach einem angeblichen Giftanschlag absolviert hatte. Anfang Februar hob ein Gericht in Moskau Nawalnys Bewährungsstrafe im sogenannten Fall "Yves Rocher" wegen mehrfacher Verstöße gegen die Bewährungsauflagen auf und wandelte sie in eine reguläre Gefängnisstrafe von dreieinhalb Jahren um. Inzwischen wurden drei weitere Ermittlungen wegen anderer Vergehen gegen den Oppositionellen eingeleitet.

Anfang Juni stufte ein Gericht in Moskau mehrere Organisationen Nawalnys, darunter seine Anti-Korruptions-Stiftung FBK, als extremistisch ein. Die Behörden verwiesen darauf, dass diese Organisationen russische Bürger, darunter Minderjährige, zu Gewalt und Massenunruhen aufgerufen hätten.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.09/article/61347dfa48fbef64400f04f8.jpg>

### de.rt.com: **Wladimir Putin zeichnet Rettungskräfte für Bekämpfung von Waldbränden und Überflutungen aus**

Seit Monaten wüten in Russland heftige Waldbrände, während andere Regionen des Landes unter Hochwasser leiden. In der Nacht zum Samstag hat sich Präsident Wladimir Putin persönlich in Blagoweschtschensk bei den Einsatzkräften bedankt und mehrere Helfer ausgezeichnet.

In der Nacht zum Samstag hat der russische Präsident Wladimir Putin nach einer Besichtigung des im Bau befindlichen Weltraumbahnhofs Wostotschny mehrere Rettungskräfte ausgezeichnet. In der Stadt Blagoweschtschensk im Osten des Landes würdige er insgesamt zehn Feuerwehrmänner, Piloten und Ärzte, die die Folgen der Naturgewalten behoben hatten, mit verschiedenen Medaillen. Der Staatschef bat sie am Anfang der Zeremonie um Verständnis für seine große Verspätung. Sie seien aber die unangenehmen Seiten des Staatsdienstes schon gewohnt.

In seiner Rede lobte Putin die Leistung der Einsatzkräfte. Ihr Dienst sei zwar schwierig und gefährlich, zugleich aber auch ehrenhaft.

"Sie bieten anderen eine helfende und unterstützende Hand, eine Schulter zum Anlehnen, und Sie riskieren manchmal Ihr eigenes Leben."

Zuletzt konnten dank Regens viele Feuer gelöscht werden. Am Samstag zählte die staatliche Forstschutzbehörde landesweit noch 137 Brände auf einer Gesamtfläche von fast 270.000 Hektar. Zu Spitzenzeiten brannte es zeitgleich auf mehr als vier Millionen Hektar.

Umweltschützer sprachen von "beispiellosen Bränden" in diesem Jahr in Russland. Bereits Mitte August wurde nach Angaben der Organisation Greenpeace der Negativrekord aus dem Jahr 2012 gebrochen. Damals waren landesweit rund 17 Millionen Hektar Wald und Wiesen verbrannt.

In anderen Regionen des Landes hatten die Menschen mit zu viel Regen zu kämpfen. Überschwemmungen gab es etwa im Süden entlang der Schwarzmeerküste, auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim und im Osten am Fluss Amur.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613361c1b480cc3ef14cb1bb.jpg>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 05.09.2021**  
**In den letzten 24 Stunden wurde keine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

**Seit Beginn des heutigen Tages** hat der Gegner **eine Feuerprovokation** begangen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade von den Positionen in Wodjanoje aus auf Befehl des Verbrechers Gontscharuk **Leninskoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen und acht Granaten abgefeuert.

Der Verstoß wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Verteidiger der Republik setzten die Beobachtung des Gegners fort, halten dabei streng das Regime der Feueereinstellung ein und befinden sich in Bereitschaft, adäquat auf Befehl des Kommandos auf Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen elf Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Vier Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“ am Rand von Nowoolenowka, zwei Abwehrgeschütze „OSA“ zwischen Wohnhäusern in Oserjanowka, drei Schützenpanzer am nördlichen Rand von Nelepowka aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmgrade; ein Abwehrgeschütz zwischen Wohnhäusern in Berdytschi und ein Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Nowobachmutowka aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade.

Beobachter der OSZE stellen in ihren täglichen Berichten weiter die Verletzung internationaler Normen, Regeln der Kriegsführung, Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur von Seiten der ukrainischen Straftruppen fest.

So haben die Beobachter im Bericht vom 4. September 2021 die Beschädigung von ziviler Infrastruktur in Alexandrowka durch den Beschuss am 31. August von den Positionen der 28. Brigade aus bestätigt.

Es ist wichtig anzumerken, dass die in den Berichten der Mission veröffentlichten Informationen über die Entdeckung ukrainischer Militärtechnik außerhalb der Lagerplätze und stationiert in Verletzung der Abzugslinien zu einer Verstärkung der Arbeit der Kommissionen der übergeordneten Stäbe in den ukrainischen Einheiten in der OOS-Zone geführt haben.

So arbeiten nach uns vorliegenden Informationen im Zusammenhang mit der Zunahmen von

Fällen, dass OSZE-Beobachter verbotene Waffen der 58. Brigade entdeckt haben, in dem Verband gleichzeitig zwei Kommissionen aus dem Stab der OOS und dem Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“, die die Beseitigung der entdeckten Defizite bei der Tarnung der Technik kontrollieren.

Dabei ruft die Anwesenheit der Kommission eine negative Reaktion beim Personal hervor, das gezwungen ist, auf eigene Kosten Bau- und Farbmateriale für die Tarnung von Objekten und Technik zu beschaffen. Außerdem kaufen die Soldaten angesichts des Fehlens von Material in den Lagern der ukrainischen Streitkräfte auf eigene Kosten Tarnnetze und ähnliches Material bei Baumarktketten.

Außerdem hat das Kommando der OOS nach unseren Informationen einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung den Auftrag erteilt, die Arbeit zur Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE im Verantwortungsbereich der 58. Panzergrenadierbrigade am Abschnitt Peski-Dobropolje zu verstärken, das Kommando der 58. Brigade hat den Auftrag erhalten, zusätzliche Checkpoints an den Zugangsstraßen in diesem Gebiet zu errichten, um die Arbeit von Autopatrouillen der Mission zu blockieren.

Der Konsum von Alkohol durch ukrainische Soldaten bringt den ukrainischen Streitkräften weiter **nicht kampfbedingte Verluste**.

So hat nach uns vorliegenden Informationen in der Nacht vom 3. auf den 4. September ein Soldat eines Panzergrenadierbataillons der 93. Brigade, der sich betrunken auf den Positionen im Gebiet von Starognatowka befand und an Halluzinationen litt, versucht, Selbstmord zu begehen, indem er sich mit einer Pistole in den Kopf schoss. Aber der Versuch endete mit einer schweren Verletzung und der Kämpfer wurde in ein Krankenhaus eingeliefert.

## de.rt.com: **Montenegro: Gewaltsame Proteste gegen serbisch-orthodoxes Kirchenoberhaupt**

In Montenegro hat es Zusammenstöße der Polizei mit Demonstranten gegeben, die Straßen blockierten und gegen die Amtseinführung eines neuen Oberhauptes der serbisch-orthodoxen Kirche demonstrierten. Die Kirche erklärte, dass die Zeremonie trotz der Gewalt wie geplant stattfinden wird.

Die Polizei in Montenegro hat am Sonntag eine Straßenblockade auf der Hauptzufahrtsstraße zur historischen Hauptstadt Cetinje gewaltsam geräumt. Die Beamten setzten unter anderem Tränengas ein, als Demonstranten Autoreifen in Brand setzten und Steine warfen. Auch am Samstagabend war es bereits zu ähnlichen Zusammenstößen gekommen.

Hunderte von Befürwortern der montenegrinischen Unabhängigkeit wollten mit der Blockade eine für Sonntag geplante Amtseinführung des neuen Oberhauptes der serbisch-orthodoxen Kirche in Montenegro, des Metropoliten Joanikije Mićović, im Kloster in Cetinje verhindern. Joanikije Mićović soll unterdessen in Begleitung des aus Belgrad angereisten Patriarchen der serbisch-orthodoxen Kirche, Porfirije Perić, per Hubschrauber auf dem Gelände des Klosters gelandet sein.

Auf der Hauptzufahrtsstraße, die von der heutigen Hauptstadt Podgorica nach Cetinje führt, sah ein Reporter der Deutschen Presse-Agentur aufgetürmte Autoreifen, Steine und einen quergestellten Sattelschlepper. In der ersten Reihe saßen etwa 50 Frauen auf der Straße. Einige der Männer in der Menge trugen Gasmasken zum Schutz vor Tränengas und Stöcke aus Holz oder Metall. Ein 40-jähriger Mann namens Ivica sagte, er habe seit Samstagmittag ausgeharrt und wolle nicht gehen:

"Wir sind hier, um uns gegen die Besetzung durch die serbische Kirche zu wehren."

Montenegro war bis 1918 unabhängig und ist seit 2006 wieder unabhängig. Etwa 30 Prozent seiner Bürger sind ethnische Serben. Weit mehr Menschen bekennen sich zur serbisch-orthodoxen Kirche. Ihr Oberhaupt befindet sich in Serbien, und sie erkennt die staatliche Identität Montenegros nicht an.

Die Befürworter der montenegrinischen Unabhängigkeit betrachten die Amtseinführung des neuen Metropoliten in Cetinje als Machtdemonstration des proserbischen Lagers. Auch der Patriarch der serbisch-orthodoxen Kirche, Porfirije Perić, hat seine Teilnahme an der Zeremonie angekündigt. Am Samstagabend hatte er in Podgorica vor Tausenden von Gläubigen eine Messe zelebriert. Dieser Gottesdienst war nicht umstritten und verlief ohne Zwischenfälle.

Laut der Nachrichtenagentur TASS äußerte sich der serbische Präsident Aleksandar Vučić im Fernsehen besorgt:

"Einige pro-westliche Kräfte in der Region betrachten die serbisch-orthodoxe Kirche wie die russisch-orthodoxe Kirche in den ehemaligen Sowjetrepubliken. Genau so, wie sie es als notwendig erachten, die russisch-orthodoxe Kirche in der Ukraine und einigen zentralasiatischen Nationen zu zerstören, was ihnen nicht gelingen wird, wollen sie ebenso die serbisch-orthodoxe Kirche zerstören."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/61348a71b480cc3051230b4b.JPG>

### snanews.de: **EU-Chefdiplomat Borrell: Dialog mit Taliban unumgänglich**

Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, hat Vertreter der Taliban-Bewegung als unumgängliche Gesprächspartner bezeichnet und für eine Präsenz der Europäischen Union in Afghanistan plädiert.

„Wir müssen in Kontakt zu den Taliban stehen... Es geht nicht darum, ihre Regierung anzuerkennen oder ihre Weltanschauung zu akzeptieren... Aber die Taliban sind unumgängliche Gesprächspartner, und wir müssen für eine Präsenz in Kabul sorgen“, zitiert die Wochenschrift „Le Journal du Dimanche“ Borrells Worte.

Ihm zufolge ist die Präsenz der Europäischen Union in Afghanistan notwendig, damit sie nicht von anderen Staaten abgedrängt werde. Das Niveau des Dialogs mit der Taliban-Bewegung werde von ihrer Ansprechbarkeit für die Bedingungen der Europäischen Union abhängen.

Die EU werde ihre humanitäre Hilfe auf das Vierfache erhöhen. Die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Hilfe werde an die Achtung der Menschenrechte, darunter der Frauenrechte, geknüpft, so Borrell.

Die Taliban-Bewegung hatte Anfang August eine großangelegte Offensive gegen die Regierungskräfte eingeleitet. Die Taliban marschierten am 15. August in Kabul ein und nahmen den Präsidentenpalast unter ihre Kontrolle. Taliban-Sprecher Mohammad Naim erklärte am nächsten Tag, dass der Krieg in Afghanistan vorbei sei und die Regierungsform im Staat in nächster Zeit bestimmt werden solle.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/17/1841815\\_0:160:3075:1890\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_704e1163d669c4939ad7a3cade5b1b55.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/17/1841815_0:160:3075:1890_1920x0_80_0_0_704e1163d669c4939ad7a3cade5b1b55.jpg)